

Informationen nach Artikel 13 DS-GVO Online-Terminvereinbarung Bürgerbüro

Verantwortlicher

Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein-Rhaunen
Brühlstraße 16
55756 Herrstein
Telefon: +49 6785 79 0
E-Mail: info@vg-hr.de

Beauftragte/er für den Datenschutz

Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein-Rhaunen
Datenschutz
Brühlstraße 16
55756 Herrstein
Telefon: +49 6785 79 1113
E-Mail: datenschutz@vg-hr.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck:

Online-Terminvereinbarung des Bürgerbüros der Nationalparkverbands-Gemeinde Herrstein-Rhaunen durch Nutzung des Terminvereinbarungstools auf der Homepage www.vg-hr.de.

Rechtsgrundlage:

Die Nutzung des Online-Terminvereinbarungstools erfolgt auf freiwilliger Basis durch Einwilligung im Sinne des Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO. Alternativ ist die telefonische Terminvereinbarung möglich.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Mitarbeitende des Bürgerbüros der Nationalparkverbands-Gemeinde Herrstein-Rhaunen sowie eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO).

Übermittlung an Drittland

Die Daten werden nicht an ein Drittland übermittelt.

Dauer der Speicherung

Die Daten werden für die Dauer von einer Woche ab Wahrnehmung des Termins gespeichert und anschließend automatisch gelöscht.

Betroffenenrechte

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, so haben Sie Rechte, die in Artikel 12 – 23 DS-GVO aufgeführt sind. Nachfolgend eine zusammengefasste Darstellung:

Recht auf Auskunft (Artikel 15 DS-GVO)

Werden personenbezogene Daten von Ihnen gespeichert, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über die von Ihnen gespeicherten personenbezogenen Daten und Ihre Verarbeitung.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DS-GVO)

Sind unrichtige oder unvollständige Daten von Ihnen gespeichert, so haben Sie ein Recht auf Berichtigung der betreffenden Daten.

Recht auf Löschung (Artikel 17 DS-GVO)

Ein Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten besteht unter anderem sofern der Zweck der Datenerhebung nicht mehr vorhanden ist, Sie von Ihrem Widerrufsrecht Gebrauch machen, wenn die Datenerhebung aufgrund Ihrer Einwilligung erfolgte oder die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden.

Bitte beachten Sie, dass Art. 17 Abs. 3 DS-GVO Ausnahmen vom Recht auf Löschung enthält. Ausnahmen bestehen u. a. aufgrund der Meinungs- und Informationsfreiheit, gesetzlicher Speicherungsfristen, zur Erfüllung des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche und historische Forschungszwecke, statistische Zwecke sowie zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DS-GVO)

Sofern die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist oder eine Löschung der Daten zur Verfolgung von weiteren Rechten jedoch nicht in Frage kommt, können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Daten beantragen. Dieses Recht steht Ihnen auch zu, wenn die Datenspeicherung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DS-GVO)

Unter bestimmten Voraussetzungen haben Sie das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten sowie an einen anderen Verantwortlichen eine Übermittlung zu veranlassen.

Widerspruchsrecht (Artikel 21 DS-GVO)

Sie haben das Recht gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Die personenbezogenen Daten werden danach nicht mehr verarbeitet, sofern

keine zwingenden schutzwürdigen Gründe für die Verarbeitung vorliegen, die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Beschwerderecht (Artikel 13 Abs. 3 DS-GVO und Artikel 77 DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. In Rheinland-Pfalz kann die Beschwerde an folgende Stelle gerichtet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz,
Hintere Bleiche 34,
55116 Mainz,
Tel.-Nr.: 0 61 31 / 208-2449,
Fax: 0 61 31 / 208-2497,
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de